

Wissenschaftliche Tagung 1997

Am 10. Juni 1996 reichte Nationalrat Max Dünki eine parlamentarische Initiative ein, wonach das Vernehmlassungsverfahren abzuschaffen sei. Begründet wurde der Vorstoss unter anderem damit, dass das Parlament auf diese Weise gestärkt werden könnte. Das Gesetzgebungsverfahren sei heute langfädig und ineffizient; der Interessenausgleich habe im Parlament stattzufinden und nicht auf den Schreibtischen von Lobbies.

Demgegenüber sieht der Entwurf des Bundesrats vom 20. November 1996 für eine nachgeführte Bundesverfassung in Artikel 138 vor, dass die Kantone, die politischen Parteien und die interessierten Kreise bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse und anderer Vorhaben von grosser Tragweite sowie bei wichtigen völkerrechtlichen Verträgen zur Stellungnahme eingeladen werden. Durch eine solche Bestimmung wird die derzeitige Praxis ausdrücklich verankert.

Auch wenn die Staatspolitische Kommission des Nationalrats den Vorstoss von Herrn Dünki nicht weiterverfolgt, erscheint es angezeigt, sich Gedanken über das Vernehmlassungsverfahren und seine zukünftige Ausgestaltung zu machen.

Die diesjährige Wissenschaftlichen Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung soll die Vor- und Nachteile des heutigen Vernehmlassungsverfahrens erörtern und Lösungsansätze für dessen Verbesserung sowie für eine Straffung und Verwesentlichung entwickeln.

Datum: 23. Mai 1997

Ort: Hörsaalgebäude der Universität Zürich, Zürich

Die Abonentinnen und Abonenten unserer Zeitschrift erhalten eine persönliche Einladung mit einem detaillierten Programm.

Weitere Informationen:

Herr Hans-Georg Nussbaum, c/o Bundesamt für Justiz, Bundesrain 20, 3003 Bern, Tel. 031 322 41 44, Fax 031 322 84 01.

Journée scientifique 1997

Le 10 juin 1996, le Conseiller national Max Dünki a déposé une initiative parlementaire demandant la suppression de la procédure de consultation. L'intervention était notamment motivée par un renforcement du rôle du Parlement. La procédure législative serait actuellement lente et inefficace; la confrontation des intérêts devrait avoir lieu au Parlement et non dans les états-majors des lobbies.

A l'opposé, le projet de nouvelle constitution fédérale, présenté par le Conseil fédéral le 20 novembre 1996, prévoit à son article 138 que les cantons, les partis politiques et les milieux intéressés sont invités à se prononcer sur les actes législatifs importants et sur les autres projets de grande portée lors des travaux préparatoires ainsi que sur les traités internationaux importants. Cette disposition fixe expressément la pratique actuelle.

Même si la Commission des institutions politiques du Conseil national n'a pas donné suite à l'intervention de Monsieur Dünki, il paraît opportun de réfléchir sur la procédure de consultation et sur la forme qu'elle pourrait avoir à l'avenir.

La Journée scientifique de la Société suisse de législation a pour but de discuter des avantages et des inconvénients de la procédure de consultation actuelle et d'esquisser des solutions pour l'améliorer, la revitaliser et lui donner davantage de consistance.

Date: Vendredi, 23 mai 1997
Lieu: Hörsaalgebäude der Universität Zürich, Zürich

Les personnes abonnées à notre journal recevront une invitation personnelle contenant le programme détaillé de la manifestation.

Pour tout renseignement, veuillez vous adresser à

Monsieur Hans Georg Nussbaum, c/o Office fédéral de la justice, Bundesrain 20, 3003 Berne, Tél. 031 322 41 44, Fax 031 322 84 01.

Forensische Linguistik – Sprachwissenschaft im Dienste des Rechts

Ein Aufruf

«Forensische Linguistik» nennt sich ein relativ junger Zweig der Angewandten Sprachwissenschaft, in dem die Sprachwissenschaft (a) mit ihren Erkenntnissen, Fragestellungen und Forschungsmethoden konkrete praktische Unterstützungsarbeit leistet für Belange des Rechts und (b) die Möglichkeiten und Schwierigkeiten dieser Hilfe reflektiert: um sie zu verbessern, aber auch um aus der konkreten Anwendung neue Einsichten über ihren Gegenstand (die Sprache in der Vielfalt ihrer Verwendung) zu gewinnen. Das Attribut «forensisch» zeigt an, dass die Unterstützung anfänglich zur Hauptsache den Bereich gerichtlicher Rechtsanwendung (prototypisch etwa die forensisch-linguistische Autorschaftsanalyse in Kriminalfällen) betraf, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine begrüssenswerte Ausdehnung auf ganz andere sprachliche Belange des Rechts.

Dass die in Recht und Verwaltung Tätigen die Sprachwissenschaft um Hilfe angehen, dass umgekehrt Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler solche Hilfe leisten, das hat es sicher sporadisch immer wieder gegeben. Vermutlich waren und sind das teils kleinere, seltener auch grössere Einzelaktionen, deren Akteure wenig bis nichts wussten und wissen von parallelen Aktionen anderer. Die «Forensische Linguistik» möchte solche Aktivitäten stärker «vernetzen» mit einem doppelten Ziel: (a) die forensisch-linguistische Arbeit soll durch gegenseitige Information verbessert werden; (b) das Recht und die Verwaltung sollen vermehrt auf die Sprachwissenschaft als potentiell interessante Partnerin aufmerksam gemacht werden.

Im Rahmen eines vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojektes, das sich über die «Forensische Linguistik» hinaus mit «Recht und Sprache» befasst, sind wir daran, eine Bestandesaufnahme bisheriger forensisch-linguistischer Tätigkeit in der Schweiz zu machen. Es geht uns dabei um Fragen wie die folgenden: Bei welchen Problemen »erinnern« sich Juristinnen und Juristen sowie andere Personen in der

staatlichen Verwaltung an die Sprachwissenschaft? Was erhoffen sich diese Fachleute für ihr Fach von der Sprachwissenschaft? Wie reagieren Linguistinnen und Linguisten auf die linguistischen Bedürfnisse von Recht und Verwaltung? Was fangen Juristinnen und Juristen sowie andere Verwaltungspersonen mit linguistischen Auskünften an? Wo liegen Chancen für eine Zusammenarbeit von Recht/Verwaltung und Linguistik? Wo liegen Kommunikationsprobleme? Usw.

Eine Umfrage, unter Sprachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern läuft zur Zeit. Mit dem vorliegenden Aufruf wenden wir uns an Personen, die in Recht und Verwaltung tätig sind:

Wenn Sie in Ihrer Tätigkeit Erfahrungen gemacht haben mit (kleinen oder grösseren) Anfragen an die Sprachwissenschaft, mit konkreten sprachwissenschaftlichen Beiträgen zu Ihrer Arbeit (von kleinen Auskünften bis hin zu Gutachten u.ä.), gar mit interdisziplinärer Zusammenarbeit, Projekten ..., wenn das der Fall ist oder wenn Sie von solchen Fällen wissen, dann wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns darüber in Kenntnis setzen würden.

Vielleicht kann Ihnen die nachstehende Auflistung von Betätigungsfeldern einer «Forensischen Linguistik» bei Ihrer Erinnerungsarbeit helfen. Am meisten gedient wäre uns, wenn Sie eine Kopie der Liste auf der nächsten Doppelseite machen würden, auf der Sie einfach ankreuzen, was für Sie zutrifft. Wir werden dann gegebenenfalls zurückfragen.

Mit Ihrer Antwort leisten Sie unserem Projekt einen Dienst. Dafür sei Ihnen im Voraus ganz herzlich gedankt!

MARKUS NUSSBAUMER, Universität Zürich, Deutsches Seminar, Schönberggasse 9, 8001 Zürich, Fon privat 01/422 50 91, Fax 01/262 02 50, E-mail: mnussbau@ds.unizh.ch

Hinweise, falls Sie das Thema weiter interessiert:

- M. NUSSBAUMER, Forensische Linguistik im Dienste des Rechts, in: *plädoyer* 1996, H. 6.
- H. KNIFFKA (Hg.), *Texte zu Theorie und Praxis forensischer Linguistik*, Tübingen 1990.
- H. KNIFFKA (ed.), *Recent developments in forensic linguistics*, Frankfurt/M. 1996.
- G. GREWENDORF (Hg.), *Rechtskultur als Sprachkultur. Zur forensischen Funktion der Sprachanalyse*, Frankfurt/M. 1992.
- J. GIBBONS (ed.), *Language and the law*, London/New York 1994. [rezensiert in *LeGes* 1996/2].
- L. M. SOLAN, *The Language of Judges*. Chicago/London 1993.
- J. N. LEVI, *Language and Law. A Bibliographical Guide to Social Science Research in the U.S.A.*, Chicago 1994.
- M. NUSSBAUMER, *Sprache und Recht*, Heidelberg 1997 (= Studienbibliografien Sprachwissenschaft).
- FORENSIC LINGUISTICS, *The international journal of speech, language and the law*, London (Routledge) 1 (1994)ff. [erscheint zweimal jährlich].
- FORENSIC LINGUISTICS LIST, Diskussionsforum, Als Mailing-Liste zu abonnieren unter »fl-list-request@uk.ac.bham«. Information darüber auf dem World Wide Web unter »<http://www.eskimo.com/~spban/fling.html>«.
- LANGUAGE IN THE JUDICIAL PROCESS, Elektronische Zeitschrift mit Informationen zur forensischen Linguistik auf dem World Wide Web: »<http://hamlet.la.utk.edu>«.
- IAFL / International Association of Forensic Linguistics, Adresse: Alison Lewis, School of English, University of Birmingham, Edgbaston, Birmingham B15 2TT, UK.
- IAFP / International Association for Forensic Phonetics, Adresse: Department of Linguistics and Phonetics, University of Leeds, Leeds LS2 9JT, UK.

6. Fragen der <i>Objektivität</i> oder Einseitigkeit von Texten (Informationen, Abstimmungsfragen usw.)								
7. <i>Urheberrechtsfragen</i> , Plagiatsfragen u.ä.								
8. <i>Übersetzungsprobleme</i>								
9. <i>Namen- und Kennzeichenrecht</i>								
(a) Personennamengebung								
(b) zum Problem der Verwechslungsgefahr von Marken/Firmen								
(c) Ist die Kennzeichnung regelkonform/ nicht regelkonform u.ä.?								
(d) Ist die Kennzeichnung »wahr« oder täuschend?								
(e) Weiteres:								
10. Fragen rund um die mündliche <i>Kommunikation im Prozess</i>								
(a) Fairness des Verfahrens (z. Bsp. Frageverhalten u.a.)								
(b) Glaubwürdigkeitsgutachten								
(c) Weiteres:								
11. <i>Protokollierung</i> und adäquate <i>Wiedergabe</i> mündlicher Aussagen								
12. <i>Sprachenrechtliche</i> Fragen (BV 116 u.a.)								
13. <i>Weiteres:</i>								
Weiteres:								

Veranstaltungskalender - Calendrier - Calendario - Chalender

1. Murtener Gesetzgebungsseminare

Die Seminare sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Referate, Erfahrungsaustausch und Gruppenarbeiten Kenntnisse vermitteln über praktische Methoden für die Erarbeitung von Gesetzen, über die sprachlich einfache und adressatengerechte Formulierung von Erlassen und über den Aufbau und die Systematik von Erlassen.

Seminarleitung:

*Prof. Dr. Thomas Fleiner-Gerster, Institut für Föderalismus, Freiburg
(026 / 300 81 25, Fax 026 / 300 97 24)*

*Dr. h.c. Werner Hauck, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern
(031 / 324 11 08, Fax 031 / 324 11 02)*

Seminar II

Thema: Delegationsnormen und Übergangsrecht
Datum: Mittwoch, 29. Oktober - Freitag, 31. Oktober 1997
Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
Referate: Astrid Epiney
Europarecht und die Gesetzgebung von Bund und Kantonen
Thomas Fleiner
Die Formulierung der Delegationsnorm
Die Formulierung von Übergangsbestimmungen
Peter Hänni
Das Verhältnis von Gesetz und Verordnung im Lichte der Praxis des Bundesgerichts
Werner Hauck
Was kann die sprachliche Prüfung von Erlassen leisten?

Georg Müller
Die Führungsaufgabe des Juristen bei der Gesetzgebungsarbeit

2. Séminaires de méthode législative

Ces séminaires ont pour but de familiariser les participantes et participants avec la démarche méthodique en matière d'élaboration d'actes législatifs. Ils les amènent à s'interroger sur leur propre pratique et leur offrent la possibilité d'appliquer les méthodes et techniques proposées dans le cadre d'exercices pratiques. Les séminaires ne s'adressent pas seulement aux juristes. Ils sont ouverts à toutes les personnes qui s'intéressent aux problèmes posés par la préparation d'actes législatifs.

Direction des séminaires:

Jean-Daniel Delley, Centre d'étude, de technique et d'évaluation législatives, Faculté de droit, Université de Genève, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél. 022/705 85 34.

Renseignements et inscriptions:

Madame D. Ntarataze, Département de droit constitutionnel, Faculté de droit, UNI MAIL, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél. 022 / 705 85 20/23, fax 022 / 705 85 36

3. Jahrestagung der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL) zum Thema „Verwaltungsreform und Evaluation“

Landauf, landab streben Verwaltungsreformen stärkere Wirkungsorientierung an. Ob dieser Anspruch eingelöst werden kann, steht indessen noch in den Sternen. Welche Strategien können von Verwaltungen und anderen Organisationen eingeschlagen werden, um Wirkungen zu ermitteln, zu belegen und der Öffentlichkeit verständlich zu machen? Und gibt es wirklich Belege, dass die neuen Formen der sogenannten wirkungsorientierten Verwaltung der herkömmlichen Verwaltungssteuerung überle-

gen sind? Diese Fragen werden in Referaten und Beiträgen anerkannter Fachleute (Regierungsrat Prof. Ernst Buschor, Prof. Peter Knoepfel, Prof. Matthias Finger und Theo Haldemann) sowie in Arbeitsgruppen eingehend beleuchtet.

Die Jahrestagung soll Anregungen geben, wie dem Anliegen vermehrter Wirkungsorientierung Nachachtung verschafft wird, welche Fallgruben bei der Evaluation institutioneller Reformen lauern und welche Rezepte hierfür von Seiten der Praxis und der Wissenschaft angeboten werden.

Veranstaltungsort: Murten
 Datum: 18. April 1997
 Tagungsbeitrag: Fr. 50.-- für Mitglieder
 Fr. 90.-- für Noch-nicht-Mitglieder

Anmeldung:

M. Marc Maugué, CETEL, 102, bd. Carl Vogt, 1211 Genève 4. Tel. 022 705 86 05, Fax 022 705 84 14, E-Mail: maugue @uni2a.unige.ch.

Programm der Jahrestagung

10.00	Werner Bussmann: <i>Begrüssung</i>
10.10	Ernst Buschor: <i>NPM und Evaluation</i>
10.40	Theo Haldemann: <i>Evaluation von NPM-Projekten</i>
11.05	Forum in zwei Arbeitsgruppen
	I <i>Kann man NPM-Reformen evaluieren?</i>
	Andreas Balthasar, im Beisein von Theo Haldemann, mit Beiträgen von Matthias Finger und Peter Knoepfel
	II <i>Kann Evaluation ein Hilfsinstrument des NPM sein?</i>
	Jean-Daniel Delley, mit einem Beitrag von Thomas Widmer
12.45	Mittagessen
14.30	Jahresversammlung <i>SEVAL</i>
15.00	<i>Table ronde</i> mit den Referenten unter der Leitung von Werner Bussmann

- *La rédaction législative*

Principes rédactionnels. Rédaction multilingue. Formulation non sexiste.

- *Le management de projets d'actes législatifs*

La direction de projet (organisation, documentation, planification et contrôle). La recherche de l'acceptabilité (consultation, négociation, rapports avec les médias).

Il est prévu, en outre, d'organiser les ateliers suivants:

Atelier n°1: La législation par référence ou par dérogation. Utilité, opportunité et risques. Prolongement international des travaux du laboratoire de méthodologie juridique d'Aix en Provence.

Responsable: M. Jean-Louis Bergel

- *Atelier n°2: Méthodologie de la codification, tout particulièrement lorsqu'elle est assistée par ordinateurs*

Responsable: M. Luzius Mader

- *Atelier n°3: Contribution de l'informatique à la conception, à l'écriture et à la mise en oeuvre de la législation.*

Responsable: Mme Danièle Bourcier

- *Atelier n°4: Ce que les praticiens attendent de la méthode législative.*

Responsable: M. Paul Delnoy

- *Atelier n° 5: L'évaluation législative.*

Responsable: M. Jean-Daniel Delley

Les personnes qui désirent participer au Congrès et/ou qui envisagent de faire une contribution sont priées de s'adresser à

- Mme Daphrose Ntarataze, Université de Genève, Dpt. de droit constitutionnel, 102 Bd Carl Vogt, 1211 Genève-4 Suisse. Tél: (22) 705 85 20, Fax: (22) 705 85 36 Daphrose.Ntarataze@droit.unige.ch (informations administratives)

- M. Marc Maugué, Université de Genève, CETEL, 102 Bd Carl Vogt, 1211 Genève 4 Suisse. Tél. (22) 705 86 04, Fax: (22) 705 84 14 Maugue@uni2a.unige.ch (informations scientifiques).